

Änderungsantrag

der Abgeordneten Amke Dietert-Scheuer, Christa Nickels, Winfried Nachtwei, Angelika Beer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuß)
– Drucksache 13/3901 –

Sammelübersicht 107 zu Petitionen

Der Bundestag wolle beschließen

Die in der Sammelübersicht 107 aufgeführten Petitionen werden der Bundesregierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Bonn, den 26. Juni 1996

Amke Dietert-Scheuer
Christa Nickels
Winfried Nachtwei
Angelika Beer
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

Ein Bündnis von mehr als 50 Organisationen aus dem Bereich der Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Friedensgruppen hat im Dezember 1994 dem Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages unter dem Motto „Jäger 2000 stoppen – Soziale Sicherheit schaffen“ eine Massenpetition mit ca. 80 000 Unterschriften überreicht. Vor dem Hintergrund, daß bei wachsender Armut und Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland auf der einen Seite massive Einsparungen im Sozialbereich vorgenommen werden, auf der anderen Seite Milliarden für die Entwicklung und Herstellung eines neuen europäischen Jagdflugzeuges ausgegeben werden, bitten die Petentinnen und Petenten „den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages, die Bundesregierung aufzufordern, die Planungen für den ‚Eurofighter 2000‘ sofort zu stoppen und freiwerdende Gelder dem Sozial- und Umwelthaushalt zuzuführen“. In seiner Beschlußempfehlung votierte die Mehrheit des Petiti-

onsausschusses gegen dieses Anliegen und empfahl statt dessen, die Petition den Fraktionen des Deutschen Bundestages lediglich „zur Kenntnis zu geben“.

Für die Beschaffung eines neuen, ursprünglich an dem sowjetischen Bedrohungspotential orientierten Jagdflugzeuges mit den von der Bundesregierung vorgegebenen Leistungskriterien gibt es keinen sicherheitspolitisch begründbaren Bedarf. Daran hat auch die 1992 vom Bundesminister der Verteidigung, Volker Rühle geforderte „Reorientierung“ des Programms nichts geändert. Das Jäger 90-Projekt wurde, begleitet von immensen Nachforderungen in Höhe von 1,2 Mrd. DM seitens der Rüstungsindustrie, im Kern unverändert als vermeintlich „neues“ europäisches Jagdflugzeug (Eurofighter 2000) fortgeführt. Statt der 5,85 Mrd. DM für Forschung und Entwicklung wird der Bundeshaushalt vermutlich mit mehr als 10 Mrd. DM belastet werden. Wie hoch der Stück- bzw. Systempreis für die Beschaffung des Eurofighters ausfallen wird, ist immer noch offen. Daß aber die Preisgrenze von 90 Mio. DM eingehalten wird, ist unwahrscheinlich. Realistischerweise ist davon auszugehen, daß ein einzelnes Flugzeug inklusive Systemzuschlag mehr als 150 Mio. DM kosten wird. Mit den 12,6 Mrd. DM, die 1993 als Obergrenze für die Beschaffung genannt wurden, wären bei einem Preis von 150 Mio. DM statt der geplanten 140 Jagdflugzeuge nur 84 zu bezahlen. Wie hoch die zusätzliche finanzielle Belastung durch die Beschaffung von 40 Eurofightern ab dem Jahre 2012 als Ersatz für die Tornado-Jagdbomber werden würde, kann gegenwärtig weder die Industrie noch die Bundesregierung mitteilen.

Unabhängig davon, daß der Deutsche Bundestag beabsichtigt, noch in diesem Jahr nach Vorlage eines entsprechenden Antrages der Bundesregierung über die Beschaffung des Eurofighter 2000 zu befinden, ist bereits heute festzustellen, daß das Anliegen der Petentinnen und Petenten nicht nur in weiten Kreisen der Bevölkerung, sondern auch in der Mehrzahl der Parteien auf Widerhall, wenn nicht gar auf große Zustimmung stößt. Bereits seit Jahren zeichnet sich ab, daß der sicherheitspolitisch umstrittene Jäger 90/Eurofighter 2000 zu einem der teuersten und technologisch überfordertesten Rüstungsprojekte werden wird. Auf diese Entwicklung hat der Bundesrechnungshof in seinen Berichten wiederholt hingewiesen. Die an der Entwicklung beteiligte Industrie war nicht in der Lage, die an das Rüstungsprojekt gestellten Leistungsforderungen im Rahmen des vorgegebenen Zeit- und Finanzrahmens zu erfüllen. Ein frühzeitiger Abbruch der weiteren Forschung und Entwicklung sowie der Verzicht auf die Beschaffung wäre ein deutlicher Akt der Schadensbegrenzung. Besonders in Zeiten knapper Haushaltsmittel bedarf die Finanzierung unproduktiver Rüstungsprojekte einer überzeugenden Begründung. Diese ist beim Projekt des Eurofighter 2000 an keiner Stelle gegeben. Das Anliegen der Petentinnen und Petenten, die freiwerdenden Mittel u. a. für Maßnahmen im sozialen Bereich einzusetzen, ist gerade angesichts der derzeitigen „Spardebatte“ zu unterstützen.